



## \*Aus ~~Leser~~ Briefen Zuschriften

### Das Parteistatut - eine Hilfe für die Nationale Front

Schon in der Präambel im Entwurf des Parteistatuts wird im 14. Absatz gefordert: „Die Partei... vertieft die Zusammenarbeit mit den in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammengeschlossenen patriotischen Kräften, Parteien und Organisationen.“ Diese Forderung verlangt die Einbeziehung aller Genossen in die Arbeit der Nationalen Front.

Der Zustand, daß es noch viele Mitglieder unserer Partei gibt, die sich gegenüber der Nationalen Front äußerst zurückhaltend benehmen, muß endlich überwunden werden. Auf der Tagung des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front am 25. Oktober dieses Jahres sprach Genosse Dr. Günter Mittag, Sekretär des Zentralkomitees, offen aus, daß nicht länger geduldet werden dürfe, daß es Orte oder Wohngebiete ohne aktive Ausschüsse der Nationalen Front oder Häuser ohne aktive Hausgemeinschaften gibt.

Ich wohne in Schöneiche bei Berlin und kenne aus eigenem Erleben die Schwierigkeiten bei der Bildung eines aktiven Wohnbezirksausschusses. Sie lassen sich alle auf ein einziges Problem zurückführen: auf die mangelhafte Unterstützung durch die Genossinnen und Genossen, die bei uns wohnen, aber Mitglieder von Betriebsparteiorganisationen in Berlin sind.

Die Angelegenheiten im Wohngebiet, die der Regelung durch einen aktiven Wohnbezirksausschuß der Nationalen Front bedürfen, können jedoch nicht von den Mitgliedern der örtlichen Parteiorganisation allein bewältigt werden, zumal es sich meist um ältere Parteimitglieder handelt. Deshalb müßten sich mehr Mitglieder aus den Betriebsparteiorganisationen in Berlin, die in unserem Wohngebiet Fuchsberge wohnen, der Natio-

nen Front zur Verfügung stellen. Damit ist keineswegs gemeint, daß jedes Mitglied unserer Partei Mitglied des Wohnbezirksausschusses sein soll. Im Gegenteil! In den Ausschüssen der Nationalen Front sollen auch alle übrigen Parteien und Organisationen sowie parteilose, fortschrittliche Bürger vertreten sein. Pflicht eines jeden Parteimitgliedes sollte es jedoch sein, sich über die vor dem Wohnbezirksausschuß stehenden Aufgaben zu informieren und bei der Lösung der Aufgaben mitzuwirken. Das setzt voraus, daß sich alle Mitglieder der SED im Wohngebiet, ob berufstätig oder nicht, von Zeit zu Zeit treffen, um sich näher kennenzulernen und um einen engen Kontakt zu halten. Dadurch wird es möglich sein, festzulegen, wer von den Mitgliedern oder Kandidaten für diese oder jene Tätigkeit im Rahmen der Nationalen Front am besten geeignet ist. Selbstverständlich muß dabei berücksichtigt werden, wer bereits anderweitig Funktionen ausübt, wie der Gesundheitszustand der Genossen ist usw..

Die Zusammenführung der Parteimitglieder im Wohngebiet /darf nicht dem Selbstlauf überlassen bleiben. Das muß organisiert und im Parteistatut festgelegt werden. Ich schlage aus diesem Grunde vor, den Abschnitt I unter 2 g) wie folgt zu erweitern: „... seine Arbeit in den staatlichen und wirtschaftlichen Organen und in den Massenorganisationen sowie in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland entsprechend den Beschlüssen der Partei, im Interesse der Werktätigen durchzuführen...“

Die Nationale Front ist nach dem Territorialprinzip aufgebaut. Deshalb heißt es auch im Abschnitt VII des Entwurfs, daß die Ortsleitung das gemeinsame Handeln